

über die von vielen Seiten für den bevorstehenden Winter befürchtete Theuerung der Lebensmittel gethan werden. Da die Ermittlungen der Regierung über den Ertrag der Ernte in allen Theilen der Monarchie, mit Ausnahme einzelner Gegenden, bei weitem nicht so große Ausfälle nachweisen, als die Spekulation glauben machen möchte, so wird die Regierung das an sich schon sehr bedenkliche Mittel, die Ausfuhr und die Zeitkäufe zu verbieten, in keinem Falle zur Anwendung bringen.

Die Getreidespekulation, sagt das „G. V.“, hat auch in Berlin ihr Opfer gefordert, wenigstens versichert man, daß ein in diesen Tagen dort vorgekommenes nicht unbedeutendes Fallissement zum Theil durch eine verfehlte Spekulation in Getreide, andertheils aber auch durch die keineswegs jetzt günstigen Verkehrsverhältnisse herbeigeführt worden. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß die künstlich hinaufgetriebenen Getreidepreise ihren gegenwärtigen Stand nicht behaupten können, und daß, wenn die Eingangsabgaben auf Getreide ermäßigt werden, eine außergewöhnliche Theuerung nicht eintritt. Sind wir recht berichtet, so werden gegenwärtig im südlichen Rußland bedeutende Getreideankäufe gemacht, die vorerst zur Füllung der Preuß. Staatsmagazine dienen sollen.

Die Berliner Spen. Ztg. enthält folgende Mittheilung: Man glaubt nicht, daß die französischen Verhältnisse, wie verworren sie auch aussehen, zu ernstest Verwickelungen im Jahre 1852 Veranlassung geben werden. Nichtsdestoweniger wird man sich auf alle Fälle vorbereiten. Zu diesem Ende herrscht, wie wir hören, zwischen sämmtl. deutschen Kabinetten die größte Einigkeit darüber, während des Laufs des bevorstehenden Winters alle Vorbereitungen zu treffen, welche etwa noch nöthig wären, daß sämmtliche deutschen Heere bis zum künftigen Frühjahr jeden Augenblick in völliger Kriegsstärke schlagfertig sein können. Auch wird man schon früher in Betreff der Vertheilung der Truppen in den westlichen Garnisonen darauf Bedacht nehmen, daß die betreffenden Regimenter schnell zusammengezogen und an die Grenze vorgeschoben werden können. Es werden demnach bis zum künftigen Frühjahr alle Anordnungen so getroffen sein, daß sowohl in

Preußen, wie in jedem andern deutschen Lande, eine etwa nothwendig werdende Mobilmachung des Heeres ohne allen Aufschub vor sich gehen und in möglichst kurzer Frist vollendet sein kann; auch wird in Folge der übrigen zu treffenden Maßregeln die Möglichkeit einer Ueberraschung durch eine etwaige unerwünschte Wendung der Dinge in Frankreich nicht wohl anzunehmen sein. Wir glauben übrigens, um unbegründeten Besorgnissen, zu welchen die vorstehende Notiz Veranlassung geben könnte, entgegen zu treten, bemerken zu müssen, daß man sehr im Unrecht sein würde, wenn man aus den erwähnten Vorsichtsmaßregeln, wie ernster Natur dieselben auch sonst sein mögen, die wahrscheinlich ernstest Verwickelungen mit Frankreich folgern wollte. An einen solchen Fall glaubt man, wie gesagt, nicht. Aber der mögliche Fall kann doch immerhin eintreten, daß die rothe Partei in Frankreich sich des Ruders bemächtigt; dann aber wäre es nicht unwahrscheinlich, daß sie in einer militairischen Propaganda gegen das Ausland, und namentlich gegen Deutschland, eine der wesentlichsten Bedingungen für die Fortexistenz ihrer Macht erblicken dürfte. In dieser Beziehung sich für alle Eventualitäten auf eine energische Abwehr etwaiger Angriffe auf irgend einen Theil Deutschlands entsprechend zu rüsten und vorzubereiten, halten die betreffenden Mächte für ihre Pflicht.

In Kassel hat das Consistorium eine Verfügung erlassen, wonach zu Pöthenstellen nur solche Personen zugelassen werden sollen, welche eine Bescheinigung über ihren christlichen Lebenswandel beizubringen vermögen.

Der Beitritt Frankreichs zum deutschen Postverein ist als erfolgt anzusehen.

In Frankreich scheint die Krisis eher auszubrechen, als man glaubte. Der Präsident Louis Napoleon hat sein bisheriges Ministerium, welches die gemäßigte Partei repräsentirte, entlassen und beabsichtigt, sich zur Linken zu wenden, um durch deren Unterstützung mit Bildung eines neuen Ministerii die Beschränkungen des Stimmrechts zur Präsidentenwahl aufzuheben und dann durch das allgemeine Stimmrecht wieder gewählt zu werden. Man vermuthet Staatsstreiche, die sich bis zum Kaiserspuß